



Gudrun Pieper

Mitglied im Niedersächsischen Landtag

Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
Mitglied im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familien, Gesundheit und Migration
Behindertenpolitische Sprecherin

Rede im Rahmen der Plenarsitzung am 14.07.2015

Zum Thema: „Konversion nach dem Britenabzug bewältigen - niedersächsische Kommunen unterstützen“

Drs. 17/3901

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt nun der Entwurf eines Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes der Landesregierung vor. Dieser Gesetzentwurf hat zum Ziel, aus dem Sondervermögen des Bundes in diesem Jahr zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft einmalig bereitgestellte Mittel gerade an finanzschwache Kommunen aufzuteilen. Um es gleich vorwegzunehmen: Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen, da er genau die von uns im Jahr 2009 unter Innenminister Schönemann geübte Praxis wiederholt und die vom Bund bereitgestellten Investitionsfördermittel unbürokratisch an die Kommunen weiterleitet. Meine Damen und Herren, das ist gute Praxis. Das ist die Hilfe, die unsere Kommunen brauchen.

Wir bedanken uns auch ganz herzlich bei den kommunalen Spitzenverbänden, die damit einverstanden waren, auf eine Anhörung zu verzichten, wodurch dieser Gesetzentwurf zügig umgesetzt werden kann.

Insgesamt sind 327,5 Millionen Euro nach einem mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeiteten und abgestimmten Schlüssel zu verteilen, was auf positive Resonanz der Kommunen stößt. Ja - ich will es einmal so sagen -, sie warten förmlich darauf.

Gleichwohl - auch das muss erwähnt werden - gibt es aber auch Kommunen, die hieran nicht partizipieren, da sie nicht unter den Begriff „finanzschwach“ fallen. Dennoch - das betone ich ausdrücklich - ist ein Großteil unserer Kommunen als finanzschwach und förderungsberechtigt anzusehen. Deswegen möchten wir uns besonders bei denjenigen Kommunen bedanken, die bereit waren, auf die 15 Millionen Euro von den 327,5 Millionen Euro zu verzichten, die jetzt für diejenigen Kommunen zur Verfügung gestellt werden, die besonders vom Abzug der Briten betroffen sind.

Ja, ich gebe Ihnen recht, Herr Abgeordneter Schmidt: Es ist ein historisches Ereignis. Aus Feinden sind Freunde geworden, und diese verlassen uns. Und das ist schmerzlich. Wir alle wissen, dass diese Regionen, diese Kommunen in den nächsten Jahren vor enormen Herausforderungen stehen. Ich will nicht all das wiederholen, was Herr Schmidt gerade gesagt hat. Ich möchte aber einige Daten aus meiner Kommune, der Stadt Bad Fallingb., nennen - zur Stadt Bergen wird mein Kollege Ernst-Ingolf Angermann noch einige Ausführungen machen -:

1 033 leerstehende Wohnungen, Kaufkraftverlust von 30,2 Millionen Euro, Umsatzverlust von 4 bis 7 Millionen Euro, Verlust von Schlüsselzuweisungen des Landes in den nächsten



Gudrun Pieper
Mitglied im Niedersächsischen Landtag

Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
Mitglied im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familien, Gesundheit und Migration
Behindertenpolitische Sprecherin

Jahren in Höhe von 1 Million Euro. Darauf muss diese Region, die Stadt Bad Fallingbostel, verzichten. Insgesamt werden uns 4 660 Einwohner verlassen. Das, meine Damen und Herren, ist eine unvorstellbare Größenordnung, die jeglicher Unterstützung bedarf.

Um diese Unterstützung haben wir - das muss ich jetzt einmal sehr kritisch anmerken - bei der Landesregierung vielfach gebeten.

Doch was haben wir erlebt? - Außer wohlklingenden Worten ist bisher wenig geschehen. Ich will darauf eingehen und dies an zwei Beispielen festmachen: Zweimalige Einladungen des Landrates des Heidekreises und zweimalige Einladungen des damals amtierenden Bürgermeisters der Stadt Bad Fallingbostel an den Herrn Ministerpräsidenten, um die Problemlage zu diskutieren, sind nicht wahrgenommen worden.

Der Besuch des Innenministers Boris Pistorius am 10. Juli 2013 in Bad Fallingbostel kann ebenfalls unter der Rubrik „wohlklingende Worte“ abgeheftet werden. Ich zitiere einmal aus der Walsroder Zeitung:

„Wir werden unterstützen, wo wir können, einen gesonderten finanziellen Fonds für die Umwandlung der Standorte werde es aber nicht geben.“

Dann der Besuch der Staatssekretärin Honé im Juli 2014. Seinerzeit wurden 150 000 Euro Sofortmittel angekündigt. Jawohl, diese 150 000 Euro sind geflossen. Es sind aber noch Mittel aus dem alten Landeshaushalt, die letztendlich von den KonRek-Mitteln übrig waren und dementsprechend als Überschuss übertragen worden waren. Davon nämlich wurden diese 150 000 Euro bezahlt, und nichts anderes.

Was ist während der Haushaltsberatungen für 2015 am 18. Dezember 2014 geschehen? - Unser Antrag auf Bereitstellung von 30 Millionen Euro für die betreffende Region ist von den Regierungsfractionen abgelehnt worden, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

Dann lesen wir in den Zeitungen die wohlklingenden Worte unseres Abgeordneten Schmidt: 4 Millionen Euro vom Land für die Stadt Bergen mit dem Konstrukt einer Dienstleistungsgesellschaft. - Tja, für die Stadt Bad Fallingbostel eventuell auch? - Auf meine Anfrage an die zuständige Ministerin bzw. an das zuständige Sozialministerium unter der Drucksache 17/2980 wurde geantwortet - ich zitiere -:

„Eine Beteiligung des Landes als Vertrags-partei stand nie zur Diskussion.“

Ja, meine Damen und Herren, so sieht es aus.

Herr Schmidt, bis heute hat diese Landesregierung aus eigener Initiative, aus eigenen Mitteln nur wenig dazu beigetragen, unsere Region zu unterstützen.

Ein Ministerpräsident, den es scheinbar überhaupt nicht interessiert, was aus dieser Region einmal wird, ein Innenminister, der nur verkünden kann, dass es keine Landesmittel gibt, sowie eine Sozialministerin, die sich nur auf Förderprogramme bezieht, während ansonsten von der Landesregierung aber null Euro zur Verfügung gestellt werden - das, meine Damen und Herren, ist doch ein Skandal.



Gudrun Pieper
Mitglied im Niedersächsischen Landtag

Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
Mitglied im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familien, Gesundheit und Migration
Behindertenpolitische Sprecherin

Insofern sind wir sehr dankbar und sehr froh darüber, dass wir mit dem heutigen Tage wenigstens eines erreichen können. Das haben wir in erster Linie der Bundesregierung (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

mit dem Investitionsförderprogramm und den Kommunen zu verdanken, die sich mit ihren Partnern solidarisch erklärt haben, diese 15 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Das sind die ersten finanziellen Mittel, die jetzt als Anschub fließen. Unser Antrag, ein Niedersächsisches Städtebauförderungsprogramm aufzulegen, hat jetzt Gott sei Dank auch in den gemeinsamen Antrag Eingang und Erwähnung gefunden.

Aber - abschließend - wir als CDU-Fraktion halten es mit den kommunalen Spitzenverbänden. Ich zitiere einmal aus deren Stellungnahme zum Gesetzentwurf:

„Auch wenn damit in keiner Weise die Folgeprobleme durch den Abzug der Truppen komplett beseitigt werden können, stellt die-se Regelung einen wichtigen Baustein für die Bewältigung der Problemlage dar.“

Ja, einen wichtigen Baustein. Deswegen sagen wir; denn es ist ja auch ein aktuelles Ereignis: Gestern ließ sich unser Ministerpräsident mit seinen Abgeordneten in der Stadt Bergen sehen. Weil kündigt weitere Hilfen an. - Weiter heißt es - ich zitiere -:

„Damit ist von Landesseite noch nicht alles gelaufen“, kündigte Weil weitere Unterstützung an. Unter anderem werde Sozialministerin Cornelia Rundt mit einem Zuschuss aus der Allgemeinen Städtebauförderung sich für Bad Fallingbostal und Bergen „nützlich machen“. Mehr wolle er aber noch nicht verraten, so Weil.“

Herr Weil, wir werden Sie an Ihren Taten messen. Ich halte es mit dem Abgeordneten Hilbers: An den Taten soll man ihn erkennen. - 1. Johannes 2,1ff.

Danke schön.